

FOLGEN DES US-KRIEGES

Joachim Guilliard

„If there is a country that has committed unspeakable atrocities in the world, it is the United States of America. ... What I am condemning is that one power, with a president who has no foresight and who cannot think properly, is now wanting to plunge the world into a holocaust.“

Nelson Mandela

Joachim Guilliard ist seit vielen Jahren in der Dritte-Welt-Bewegung aktiv und befasst sich seit dem Golfkrieg 1991 mit dem Irak. Seit 2001 ist er Sprecher der „Initiative gegen das Irak-Embargo“ (www.embargos.de) und zusammen mit Rüdiger Göbel und Michael Schiffmann Herausgeber des Buches „Irak. Ein belagertes Land“ (PapyRossa-Verlag 2001).

KOSTEN FÜR DIE KOALITION DER UNWILLIGEN

„Was ich verurteile, ist, dass eine Macht, mit einem Präsidenten der keinen Weitblick hat und nicht vernünftig denken kann, nun die Welt in einen neuen Holocaust stürzen will.“ Mit solch harschen Worten protestierte der Friedensnobelpreisträger Nelson Mandela auf einer Konferenz in Johannesburg gegen die Kriegspläne der USA. Den Vereinigten Staaten stritt er das Recht ab, über ein anderes Land zu richten: „Wenn es ein Land gibt, das unaussprechbare Gräueltaten in der Welt verübt hat, so sind dies die Vereinigten Staaten von Amerika.“¹ Die Vorwürfe des ehemaligen Präsidenten Südafrikas, einer der angesehensten Politiker der Welt, sind symptomatisch für den heftigen Widerstand gegen die Kriegspolitik der USA.

Unabhängig davon, ob die USA ihren geplanten Krieg gegen den Irak führen können oder nicht, zeigen die Auseinandersetzungen im Vorfeld, dass sich auf der einen Seite die Vereinigten Staaten immer ungenierter und selbstherrlicher das Recht herausnehmen, ohne Rücksicht auf geltende Verträge, Völkerrecht, UNO oder Bündnispartner ihre Interessen zu verfolgen, sich dagegen aber auch weltweit zunehmend Widerstand entwickelt, der bei Fortsetzung ihrer rücksichtslosen Kriegspolitik noch bedeutend anwachsen wird. Dieser Widerstand ist nicht einheitlich. Die Länder der „Dritten Welt“ sehen recht deutlich die neokolonialen Züge der US-Politik und das Streben Washingtons, die wirtschaftliche Dominanz auch militärisch abzusichern. Stimmen hier die Interessen der europäischen Verbündeten mit denen der USA noch überein, so wächst doch die Konkurrenz gegen eine Supermacht, die zunehmend weniger Rücksicht auf ihre Interessen nimmt. Wie Russland und China sind sie mit der offen ausgesprochenen Strategie konfrontiert, mit der die USA das Erstarken von potentiellen Konkurrenten verhindern wollen. Schließlich gibt es auch in den USA selbst Widerstand gegen eine offen imperiale Politik.

Der anhaltende und breite Widerstand gegen einen neuerlichen US-Krieg am Golf erhöht die damit verbundenen politischen und militärischen Risiken und treibt den politischen Preis in die Höhe, den die Aggressoren bezahlen müssen.

KOALITION DER UNWILLIGEN

Hinter der Ablehnung vieler Staaten, auf deren Unterstützung die USA drängen, stehen in der Regel eigene Interessen und massive Befürchtungen vor den Auswirkungen eines Krieges. Auch wenn es den USA am Ende gelingt, einen guten Teil derer, die sich dem Kriegskurs bisher verweigern, offiziell einzubinden, so bleibt fraglich, ob sie dabei mit substantieller Unterstützung rechnen können. Ein hoher Einsatz eigener Ressourcen schränkt aber die längerfristigen Möglichkeiten der USA zur Machtentfaltung ein – es droht die Überdehnung ihrer Kräfte, während die Feindschaft derer wächst, deren Interessen auf der Strecke bleiben.

Es lohnt daher, sich die Situation der wichtigsten Akteure angesichts eines Krieges zu vergegenwärtigen, der die Machtverhältnisse am Golf gründlich ändern würde, und die Hürden, die sich der Supermacht auf dem Weg in den Krieg entgegenstellten.

Schon kurz nach den Anschlägen in New York und Washington im September 2001 begannen die radikalen Falken in der Bush-Regierung für einen baldigen Krieg gegen den Irak zu trommeln, mit dem Ziel, die herrschende Baath-Regierung zu stürzen. Spätestens mit der Rede von US-Präsident George W. Bush zur Lage der Nation am 30. Januar 2002 wurde das Ziel eines Regimesturzes in Bagdad offizielle Regierungspolitik.

Die Kriegsvorbereitungen hatten zu diesem Zeitpunkt schon begonnen, ebenso Gespräche mit den arabischen und europäischen Verbündeten mit dem Ziel, Zusagen für eine Unterstützung eines umfassenden Feldzugs zu erlangen. Doch trotz aller Bemühungen gelang dies mit Ausnahme von Großbritannien, Australien und Israel nur sehr unzureichend. Der Vizepräsident der USA, Dick Cheney, etwa war auf einer Rundreise in der Region im März 2002, wo er für Unterstützung für die Kriegspläne seiner Regierung warb, mit deutlicher Ablehnung konfrontiert worden. Alle Gesprächspartner hatten ihm zu verstehen gegeben, dass sie die israelische Besatzungspolitik als ein wesentlich dringlicheres Problem ansehen, als mögliche Waffensysteme des Iraks. Keiner der Nachbarländer Iraks sieht in diesem noch eine militärische Bedrohung.

Die regionalen Verbündeten beteiligten sich am letzten Krieg an der Seite der USA, um mit dem Irak ein Land wieder zurechtzustutzen, das in den 1980er Jahren mit westlicher Hilfe militärisch hochgerüstet wurde und zur regionalen Vormacht zu werden drohte. Sie hatten allerdings wohl kaum vorhergesehen, welches Ausmaß der Krieg 1991 annehmen, wie gründlich NATO-Bomber auch die zivile Infrastruktur in Schutt und Asche legen und welche verheerende Folgen das Embargo danach haben würde.

Der zu Beginn des 21. Jahrhunderts von den USA vorbereitete Krieg richtet sich indes gegen ein Land, das ohnehin am Boden liegt, mit dem klaren Ziel, dieses zu besetzen, die jetzige Regierung zu stürzen und damit die geopolitischen Verhältnisse der gesamten Region umzudefinieren.

Brachte Bush sen. eine große Allianz gegen den Irak zusammen, so hat sein Sohn nun eine fast ebenso große gegen sich. Es war diplomatisch auch nicht sehr geschickt gewesen, wie mit der ganzen Arroganz der Macht zuerst für einen militärischen Angriff zum Sturz Saddam Husseins geworben und erst anschließend versucht wurde, diesen auch vor der Weltöffentlichkeit zu begründen. Wenig dienlich beim Werben um Unterstützung waren auch die zur gleichen Zeit veröffentlichten neuen aggressiven Strategien und Richtlinien, insbesondere die als „Bush-Doktrin“ bekannt gewordene Selbstlegitimierung zu Präventivkriegen. Diese wurde durch das neue Pentagonpapier zur Nuklearstrategie der USA, „Nuclear Posture Review“, noch bedrohlicher – dennoch sollen Atomwaffen auch bei „Zielen, die Angriffen mit nicht-nuklearen Waffen standhalten können“ zum Einsatz kommen und „im Fall überraschender militärischer Entwicklungen“. Da die Bush-Doktrin mit der im September 2002 vorgelegten neuen „Nationalen Sicherheitsstrategie“ offizielles Instrument künftiger US-amerikanischer Weltmachtspolitik wurde, lag es für viele nahe, dass der Irak nun zu ihrem ersten Anwendungsfall werden soll – das erste Exempel einer neuen Form globaler amerikanischer Dominanz, nachdem an diesem arabischen Land schon Bush senior das Wesen seiner „Neue Weltordnung“ demonstriert hatte.² „Wenn die Bush-Doktrin keine bloße Rhetorik bleiben soll, bedarf sie der Anwendung, und der Irak bietet sich als Lek-

tion für die Welt – auch für Europa – geradezu an”, schlussfolgerte etwa Michael Ehrke von der Friedrich Ebert Stiftung.³

DURCHSICHTIGE INTERESSEN

Die unmittelbaren strategischen Ziele der USA am Golf waren auch vorher schon kein Geheimnis. Sie haben sich seit dem Sturz des Schahs nur graduell gewandelt, als die Carter-Doktrin formuliert wurde, wonach jede Bedrohung der Vormachtstellung der USA – durch regionale oder auswärtige Mächte – in der Region mit Gewalt zu beantworten sei. Die Golfregion wurde aufgrund der Öl-Reserven zur Interessenssphäre der USA erklärt und das militärische Engagement verstärkt: Öl sei ein zu wichtiger Rohstoff, als dass er den Arabern überlassen werden könne, brachte Henry Kissinger dies einmal auf den Punkt. In Zukunft wollten sich die Vereinigten Staaten bei der Sicherung ihrer Vorherrschaft nicht mehr auf Stellvertreter, wie den Iran unter dem Schah, verlassen, sondern auf die massive Präsenz eigener Truppen vor Ort. „Auf dieser Basis führte 1991 Präsident Bush senior die Operation Desert Storm durch und baute Präsident Clinton dann massiv die militärische Präsenz der USA am Golf aus.“⁴ Ab 1991 waren 20.000 bis 25.000 US-Soldaten ständig in der Region stationiert. Große Mengen an Waffen und Ausrüstung wurden im voraus in Stellung gebracht, die den USA eine schnelle Expansion ihrer Militärmacht vor Ort erlauben.

Die Stationierung von US-Truppen wird in den arabischen Ländern daher weniger aus religiösen Gründen mehrheitlich abgelehnt, sondern weil sie als klar gegen die arabischen Interessen gerichtete Besatzung empfunden wird.

Die Staaten des Nahen und Mittleren Osten machen sich keine Illusionen. Washington wird nach einem Sieg versuchen, den gesamten Irak militärisch zu besetzen – und zwar nicht nur wie angedeutet für Monate, sondern für eine nicht absehbare Zeit. Die Vereinigten Staaten werden wie im Kosovo und in Afghanistan Luftwaffenbasen errichten und in erheblicher Truppenstärke Bodentruppen stationieren. Eine Schwächung des Iraks oder gar

Auseinanderfallen des Landes werden sie verhindern, indem sie ein durch US-Macht gestütztes Marionettenregime installieren oder das Land unter Militärverwaltung stellen.

Der Widerstand auch der arabischen Verbündeten der USA – unabhängig von ihrer Feindschaft zum baathistischen Irak – ist daher nicht verwunderlich: ein Sieg der USA über den Irak hätte verheerende Folgen für die arabische Welt, psychologisch, wie strategisch.

Die Nachbarländer des Irak werden es an ihren Grenzen dann nicht mehr mit den Einheiten einer ziemlich geschwächten irakischen Armee zu tun haben, sondern mit US-amerikanischen und britischen Truppen. Die Vereinigten Staaten werden fähig sein, jedes Land der Region mit aus dem Irak verdeckt operierenden Einheiten zu erreichen, und selbstverständlich auch mit offen militärischen Aktionen bedrohen. Das Zweistromland ist der ideale Dreh- und Angelpunkt im mittleren Osten, um die gesamte Region zu kontrollieren.

Durch einen Sieg der USA wird sich die gesamte Machtbalance in der Region fundamental ändern: Von einer Situation, in der Washington seine Kriegspläne mit den Regierungen verhandeln muss, zu einer Situation, in der die Vereinigten Staaten frei sein werden, nach Gutdünken zu handeln. Die USA würden damit endgültig von einer auswärtigen Macht, die ihren Einfluss nur über Bündnisse mit regionalen Kräften geltend machen kann, zur bestimmenden Regionalmacht, die effektiv alleine handeln kann. Nach Ansicht des privaten US-amerikanischen Nachrichtendienstes Stratfor wird „die Eroberung des Irak daher kein Nebenschauspiel in der Geschichte“ sein. Sie würde „die Einführung einer neuen imperialen Macht in den Mittleren Osten“ bedeuten und „eine Neudefinition der regionalen Geopolitik basierend auf dieser Macht.“ Länder wie Saudi Arabien and Syrien würden sich in einer „ziemlich unangenehmen Welt wiederfinden“.⁵

Die Niederlage Iraks würde auch eine weitere Stärkung Israels bedeuten. Der „jüdische Staat und Washington blieben als die dominanten Spieler in der Region“, die die arabischen Regierungen „zu einem Leben unter der Drohung ökonomischer und militärischer Zerstörung zwingen würde“. Zudem fürchten arabische

Führer, dass Israel die Situation ausnützen könnte und verstärkt Palästinenser aus der Westbank und dem Gazastreifen in die Nachbarländer treiben könnte. Ein verstärkter Exodus würde eine humanitäre Katastrophe von einem Ausmaß bedeuten, den die arabischen Regierungen nicht bewältigen könnten.⁶

DIE KOSTEN DER VERLIERER

Das irakische Öl selbst wird ein weiterer Hebel dieser Macht sein. Die OPEC würde dramatisch an Bedeutung verlieren. Die USA erhielten viel weitgehendere Möglichkeiten, den Ölpreis auf ein gewünschtes Niveau zu drücken, mit gravierenden Auswirkungen auf die Wirtschaft der ölreichen Staaten, mit Ausnahme vielleicht Kuwaits und der anderen bevölkerungsarmen Scheichtümer. Die Unsicherheiten des drohenden Krieges schädigen durch Rückgang von Investitionen die Staaten des Nahen und Mittleren Osten bereits jetzt. Da der Mittlere Osten ohnehin eine der wirtschaftlich schwächsten Regionen ist, würde er einen weiteren Rückgang von Investitionen nicht verkraften. Am meisten betroffen wären vor allem enge Verbündete der USA wie Ägypten. In Kairo befürchtet man im Falle eines Krieges Ausfälle von 6 bis 8 Milliarden US-Dollar unter anderem im Export- und Tourismussektor. Auch Saudi Arabien müsste einen Rückgang der Investitionen aufgrund der höheren Risiken fürchten.⁷

Viele Anrainerstaaten, insbesondere Jordanien, Syrien und die Türkei, aber beispielsweise auch Ägypten, profitieren zudem aktuell in erheblichem Maße an einem für sie sehr lukrativen Handel mit dem Irak an den Sanktionsbestimmungen vorbei.

Wirtschaftliche Schwierigkeiten hätten sehr schnell politische zur Folge, und dies in einer Situation, in der die arabischen Regierungen ohnehin befürchten müssen, die massiven Proteste gegen eine US-Aggression nicht unter Kontrolle halten zu können. Befürchtungen in den USA, dass arabische Regierungen zur Behinderung der Kriegsvorbereitungen radikalen Gruppen freiere Hand lassen könnten, die US-Truppen mit Anschlägen zu beschäftigen oder palästinensische Organisationen und die Hisbollah zu

stärkeren militärische Aktionen gegen Israel zu ermuntern, sind daher nicht ohne Grundlage.

Mit einem Sieg über den Irak würden sich die USA auch mächtige militärische und wirtschaftliche Hebel gegen den Iran verschaffen. Teheran muss ohnehin befürchten, das nächste Ziel eines US-Angriffs zu werden. Der Iran würde sich militärisch in der Zange zwischen US-Truppen im Irak und Afghanistan befinden. Vom Irak aus wären US-amerikanische Angriffe problemlos möglich. Unterhalb der Schwelle eines zunächst eher unwahrscheinlichen offenen militärischen Angriffs würden sich Möglichkeiten der USA stark verbessern, den Iran durch verdeckte Operationen, Aufstachelung ethnischer und religiöser Minderheiten sowie durch Unterstützung der diversen Oppositionskräfte zu destabilisieren.⁸ Schließlich würde der Iran massive wirtschaftliche Schwierigkeiten bekommen, sollten die USA den Rohölpreis – wie vom US-Department of Energy angestrebt, in die Nähe von 14 US-Dollar pro Barrel drücken. Irans regionaler Einfluss würde durch die unmittelbare Präsenz der USA massiv beschnitten. Ein Krieg gegen den Irak und eine spätere Kontrolle des Lands richtet sich auch massiv gegen die Interessen der europäischen Staaten sowie Russlands und Chinas. Allen gemeinsam ist die Sorge um die lukrativen Ölgeschäften, für die Konzerne aus diesen Ländern bereits Verträge abgeschlossen haben. Bekanntlich verfügt der Irak mit 115 Milliarden Barrel über die nach Saudi-Arabien zweitgrößten nachgewiesenen Reserven der Welt, die vermuteten Vorkommen sind noch weitaus größer. "Im Korsett des Sanktionsregimes ist Irak freilich ein gefesselter Riese: Er produziert legal zwischen 800.000 und einer Million Barrel pro Tag anstatt der sechs Millionen, die irakischen Angaben zufolge innerhalb von sieben Jahren mit einem Einsatz von 30 Milliarden Dollar an ausländischen Investitionen möglich wären. Vor allem wurde unter dem Sanktionsregime die Entwicklung des irakischen Potenzials – die Umwandlung der 250 Milliarden Barrel vermuteter in nachgewiesene Reserven – blockiert. Seit 1970 sind keine systematischen geologischen Studien mehr vorgenommen worden. 55 der 70 irakischen Ölfelder sind nicht voll erschlossen, in acht Ölfeldern vermutet man Reserven von jeweils einer Milliarde

Barrel ‚leicht‘ zu fördernden Öls.“⁹

Natürlich hätte es schon lange die Möglichkeit gegeben, die Sanktionen zu lockern – wie im UN-Programm „Öl für Lebensmittel“ ansatzweise erfolgt – oder ganz aufzuheben. „Hiervon hätten aber vor allen nicht-amerikanische Unternehmen profitiert: Französische Firmen (TotalFinaElf) haben Erschließungs- und Förderrechte der Felder von Majnoon (18 Milliarden Barrel) und Nahabin Umar erworben; russische Unternehmen (Lukoil) verfügen über die entsprechenden Rechte des Feldes von Kurna (15 Milliarden Barrel); außerdem sind italienische (ENI) und chinesische Firmen (die China National Petroleum Company) am irakischen Ölgeschäft beteiligt.“¹⁰ Bagdad hat in den vergangenen Jahren praktisch mit allen führenden nichtamerikanischen Ölmultis Verträge zur Ausbeutung der bekannten Ölfelder unterzeichnet, die in 19 Ölfeldern insgesamt 38 Milliarden Dollar investieren würden.¹¹ Es ist davon auszugehen, dass diese Verträge wenig wert sein werden, wenn die jetzige irakische Regierung durch eine US-hörige oder direkt durch eine US-amerikanische Militärverwaltung ersetzt wird.

Außerhalb der Golfregion wäre wohl Russland am meisten betroffen von einem Irak-Krieg und anschließender US-amerikanischer Besatzung: sowohl wirtschaftlich als auch politisch – im schlimmsten Fall droht dem Land der ökonomische Kollaps. Der US-Präsident George W. Bush hat zwar, um den russischen Widerstand gegen einen Krieg zu mildern, bei seinem Besuch im November 2002 in Russland versprochen, die ökonomischen Interessen im Irak zu schützen. Ob Bush aber tatsächlich bereit und in der Lage sein wird, die Expansion US-amerikanischer und britischer Energieriesen in den Irak zu stoppen, ist sehr fraglich.

Zudem muss Russland noch mit weiteren Schwierigkeiten rechnen, und dies unabhängig davon, ob das Öl noch knapper wird oder durch ein Überangebot der Preis stark sinkt.

Im Falle eines längeren Krieges und dem daraus resultierenden knapperen Ölangebot kann die russische Ölproduktion, die schon auf maximalem Niveau ist, nicht mehr erhöht werden, um größere Vorteile aus den erhöhten Preisen zu ziehen. Da es in Russland

liberalisierter Marktwirtschaft keine Steuerungsmöglichkeiten gibt, führen diese aber dazu, dass ein immer größerer Anteil des Öls exportiert wird und es dadurch recht schnell zu Engpässen in der heimischen Wirtschaft und in den Privathaushalten kommt, die die hohen Preise nicht mehr bezahlen können.

Zum anderen könnte auch schon die angestrebte Senkung des Ölpreises Russland in den Ruin treiben. Gemäß der Hongkonger Asia Times strebt Washington einen Rohölpreis von 13 US-Dollar pro Barrel an. Der Chef des russischen Energiegiganten Yuko rechnet damit, dass der Preis auf ein Niveau zwischen 12 und 16 US-Dollar fallen wird. Moskaus Haushaltsplanungen gehen von einem Preis von ca. 25 US-Dollar aus. Der Staatshaushalt würde bereits bei einem Preis von unter 20 US-Dollar zusammenbrechen. Da dann auch die Rentabilität der russischen Ölkonzerne massiv sinken würde, würden sie bei fallenden Aktienkursen drastisch an Marktwert verlieren und könnten zur leichten Beute westlichen Öl-Konzerne werden. Russlands internationaler Einfluss würde noch weiter stark geschwächt. Aus dem Nahen und Mittleren Osten wäre Moskau so gut wie draußen.

Die russischen Probleme könnten aber auch auf die USA zurückschlagen. Moskau würde durchaus sehr gerne der Juniorpartner bleiben. Da es den USA aber nicht möglich ist, Russland genügend Kompensation für alle wirtschaftlichen Schäden anzubieten dürfte der pro-amerikanische Kurs in Moskau in Folge negativer Auswirkungen eines Krieges am Golf mit Sicherheit unter scharfen Beschuss geraten. Je größer die wirtschaftlichen Probleme im Inneren werden würden, desto größer die Wahrscheinlichkeit, dass sich Kräfte durchsetzen, die in den USA einen Feind sehen. Auch französische Konzerne müssen befürchten, bei einer Übernahme des Irak durch die USA einen wesentlich geringeren Anteil am irakischen Kuchen zu erhalten. Die USA sind im Moment zwar sicherlich zu großen Zugeständnissen bereit, aber auch Frankreich kann sich darauf nicht auf Dauer verlassen. Für Paris spielen aber die allgemeineren Sorgen, die es mit den anderen europäischen Staaten teilt, eine größere Rolle, insbesondere erhöhte Rohölpreise und sinkende Umsätze, die die angeschlagenen Ökonomien in die Rezession treiben könnten.

Die europäischen Staaten fürchten, dass die US-amerikanische Besatzung einen langanhaltenden Widerstand im Irak zur Folge haben wird, sowie massive Unruhen in anderen arabischen Ländern. Europa wäre aufgrund der geographischen Nähe davon wesentlich stärker betroffen als die USA.

Wirtschaftswissenschaftler sehen daher eine Vertrauenskrise voraus, die zu abnehmender Konsumbereitschaft, Rückgang der Sachinvestitionen und sinkenden Aktienkursen führen wird.¹²

Washington wird zudem seine starke Stellung sicherlich ausnützen, um die anderen Staaten, deren Politik den USA nicht (mehr) genehm ist, wie Saudi-Arabien, Syrien und der Iran ökonomisch und militärisch unter Druck zu setzen. Gefährdet wären so die Zugänge zu den Märkten der Region. Die Hauptsorge gilt hier dem Iran, der einer der wichtigsten Handelspartner der westeuropäischen Staaten ist.

Zusammen mit Israel würden die USA die gesamte Region in einer Weise militärisch dominieren, dass sich ihnen kein Land entgegenstellen könnte. Israel sähe sich zudem weniger als je dazu genötigt, Kompromisse zur Lösung des Konflikts mit den Palästinenser einzugehen. Wie in den arabischen Staaten wird auch in Europa die Gefahr gesehen, dass Israel den Windschatten des Krieges gegen den Irak zu einer Zerschlagung der palästinensischen Autonomieverwaltung und massiver Vertreibung von Palästinensern aus den besetzten Gebieten ausnützen könnte. Die Kontrolle über die Ölindustrie des Iraks und weiterer Länder der Region und somit über die globale Ölpolitik wäre auch ein mächtiges Instrument gegen die wirtschaftliche Konkurrenz der Euro-Länder.

Frankreich und Deutschland betrachten ohnehin mit massivem Unbehagen, wie die USA sie international mit ihrem unilateralen Vorpreschen zunehmend an den Rand zu drängen versuchen. Die US-amerikanische Politik, deren offenes Ziel es ist, das Aufkommen von Kräften zu verhindern, die ihre hegemoniale Stellung gefährden können, steht in direktem Widerspruch zu den Ambitionen der führenden Eliten beider Staaten, die Europäische Union unter ihrer Führung zur konkurrenzfähigen Großmacht aufzubauen.

Während die EU-Staaten damit konfrontiert sind, dass die US-Politik einen tiefen Keil zwischen die Länder treibt, denen eine Unterstützung Washingtons Kriegskurs gewinnbringender erscheint und denen, die ihre unmittelbaren Interessen verteidigen wollen, riskieren die USA den Ausbruch offener Rivalität mit einem Teil der Europäer.

HINHALTENDER WIDERSTAND

Trotz der klaren Gefahr für die eigenen Interessen ist die Gegenwehr der betroffenen Ländern schwach. Das liegt zum einen daran, dass direkter Widerstand gegen die Kriegspläne der Vormacht schwere politische und wirtschaftlichen Nachteile bringen würde. Zum anderen befürchten sie offensichtlich, mit einer Politik, die sich in dieser Frage offensiv gegen Washington richtet und die wahren Absichten der Bush-Regierung benennt, ihren möglicherweise noch vorhandenen Einfluss auf sie völlig zu verspielen und deren Neigung zu eigenmächtigem Handeln zu verstärken.

Vor allem möchte aber kein Land in die Situation geraten, am Ende alleine in Opposition zu stehen. Schließlich möchte auch niemand abseits stehen müssen, wenn die Karten nach einem erfolgreichen US-Krieg im Irak neu verteilt werden.

Die Folge ist eine Appeasement-Politik, die die offizielle Zielsetzung der USA großenteils übernimmt und ihre Politik weitgehend unterstützt. So werden die völkerrechtswidrigen Luftangriffe auf den Irak ignoriert und der durch nichts legitimierte gewaltige Truppenaufmarsch gegen den Irak toleriert und direkt oder indirekt sogar unterstützt. Beides beinhaltet einen eklatanten Bruch bzw. Bedrohung des Friedens, die vor der UNO – wenn nicht vor dem eigentlich zuständigen Sicherheitsrat, dann vor der Vollversammlung – auch als solche behandelt werden müssten. Stattdessen wird ausschließlich Druck auf die irakische Regierung ausgeübt, sich doch bezüglich aller an den Irak gestellten Forderungen gefügig zu zeigen, so sehr sie auch dessen staatliche Souveränität und militärische Sicherheit gefährden. Schließlich sicherten Mitte Februar auch die NATO-Staaten, die einen Krieg ablehnen, der

Türkei Unterstützung im Falle eines irakischen Gegenangriffs zu, obwohl dieser aufgrund der von türkischem Boden ausgehenden Aggression völlig legitim wäre.

Die Akzeptanz der US-Sicht ist auch das Wesen der Resolution 1441 vom November 2002, die vielen Kriegsgegner als Erfolg Frankreichs und Russlands erschien, die damit einen Krieg verhindert hätten. Diese Einschätzung geht davon aus, dass die USA tatsächlich auch allein, nur mit Hilfe ihrer engsten Verbündeten losgeschlagen hätten. Das erscheint aber zweifelhaft. Schließlich hat die Bush-Administration nicht umsonst den „Umweg“ über den Sicherheitsrat gewählt.

Für ein unilaterales Vorgehen gibt es in den Vereinigten Staaten keine Mehrheit und es war abzusehen, dass von wichtigen Verbündete in einem solchen Fall, wenn überhaupt nur sehr eingeschränkt Unterstützung zu erwarten wäre. Das würde die militärischen Probleme und Risiken beträchtlich erhöhen und vor allem die politischen Risiken wären kaum kalkulierbar.

Die Ablehnung des Kriegskurses der Bush-Administration oder zumindest der Art und Weise wie er verfolgt wird, ist auch in Kreisen verbreitet, die eine hegemonialen US-Politik an sich nicht ablehnen. So favorisieren Teile des Finanzkapitals und der transnationalen Konzerne außerhalb der Öl-, Rüstungs-, Energie- und Autoindustrie mehr diplomatische Mittel und ein abgestimmtes Vorgehen mit den Partnerstaaten. Die Ex-Präsidenten Jimmy Carter und Bill Clinton haben sich ebenso gegen einen militärischen Angriff ausgesprochen, wie prominente Politiker und Militärs aus dem Kreis um Vater Bush, darunter z.B. auch Norman Schwarzkopf, der Oberkommandierende der alliierten Streitmacht während des „Zweiten Golfkriegs“. Schwarzkopf, in den USA einer der berühmtesten Militärs, dessen Ansehen höchstens von seinem früheren Chef Colin Powell übertroffen wird, sieht keine ausreichenden Belege für eine irakische Bedrohung und hält wenig von den Fähigkeiten der politischen Führung des Pentagons und ihren militärischen Plänen.¹³

Ähnlich wie Schwarzkopf warnen führende aktive US-Militärs schon lange, dass sich die Eroberung des Iraks wesentlich schwieriger gestalten könnte, als vom Pentagon angenommen. Sollte

z.B. wider Erwarten nach intensivem Bombardement auch nur ein kleiner Teil der irakischen Verteidigungstruppen kampfbereit bleiben, „würde die Einnahme Bagdads ein blutiger Prozess“.¹⁴ „Wir hätten jede Menge Verluste, wir würden massenhaft Zivilisten töten und die Infrastruktur größtenteils zerstören. ... Nicht hilfreich wären die Bilder davon, die der Kanal Al Dschasira ausstrahlen könnte“, so US-General Anthony C. Zinni, bis vor zwei Jahren noch Chef des für die Region zuständigen „Central Command“ (CENTCOM) der USA.¹⁵ Und für alles, was der Besatzung folge, würden die Besatzer verantwortlich gemacht werden, insbesondere auch für die zu erwartenden katastrophalen humanitären Verhältnisse.¹⁶

Mit entsprechend breiter internationaler Unterstützung sind diese Risiken und Probleme beherrschbarer, wie nicht zuletzt die bisherige Irak-Politik gezeigt hat. Weder 150.000 Tote im Krieg 1991 noch die unvorstellbare Zahl von anderthalb Millionen Opfer durch das Embargo hat in den maßgeblichen Teilen der Welt zu einem Sturm der Entrüstung geführt. Wenn das Vorgehen formal durch die UNO legitimiert ist und genügend Staaten eingebunden werden konnten, werden offensichtlich auch solche Verbrechen stillschweigend akzeptiert.

Die Resolution 1441 brachte die Bush-Regierung daher einen wichtigen Schritt voran. Die zentrale Frage war nun nicht mehr, ob die USA eine vom Irak ausgehende akute Bedrohung tatsächlich beweisen können, sondern ob Versäumnisse und Verstöße des Iraks als genügend schwerwiegend anzusehen sind, um einen Angriff zu rechtfertigen. Sie kann von Washington vor der heimischen Öffentlichkeit und einer „Koalition der Willigen“ verwendet werden, um auch ohne eine weitere Resolution, die dies explizit ausspricht, einen militärischen Angriff zu rechtfertigen.

ANTI-KRIEGSPOLITIK AM GOLF

Wie zu erwarten ist auch die arabische Politik gegenüber der Bedrohung durch den Krieg nicht einheitlich. Insbesondere will sich kein Land Washington durch einen offenen Widerstand zum Feind

machen. Dennoch drückte beispielsweise der Gipfel der Arabischen Liga in Beirut Ende März 2002 einen überraschend geschlossenen Widerstand der Mitgliedsstaaten gegen die Kriegspläne der USA aus. Die Kameras zeigten Umarmungen des irakischen Vertreters Issat Ibrahim und des saudischen Kronprinzen Abdullah. In einer versöhnlichen Geste schüttelten unter dem Applaus der übrigen Gipfelteilnehmer auch der kuwaitische Außenminister Scheich Sabah al-Ahmad al-Sabah und Ibrahim die Hände, nachdem beide Länder ein Abkommen unterzeichnet hatten, in dem sie sich gegenseitig die Achtung der Unabhängigkeit, Souveränität und territorialen Integrität zusicherten. In der Abschlusserklärung des Gipfels verurteilten die anwesenden arabischen Führer die "Angriffsdrohungen gegenüber einigen arabischen Staaten, insbesondere dem Irak". Sie erklärten weiterhin, jeden Angriff auf den Irak, sowie jede Bedrohung der Sicherheit eines arabischen Staates als Bedrohung der nationalen Sicherheit aller arabischen Staaten zu betrachten und forderten die Aufhebung der von der UNO gegen den Irak verhängten Sanktionen. Dies wurde in einer erneuten Deklaration am 15.2.2003 in Kairo bekräftigt.

Der diplomatische Erfolg des Iraks bezüglich Kuwaits war – wie angesichts der Abhängigkeit des Landes von den USA zu erwarten – in der Praxis nicht allzu viel wert. Kuwait ist für einen US-Angriff unverzichtbar und die Zusicherung von „Sicherheit und territoriale Integrität“ gegenüber dem Irak stand ohnehin im Widerspruch mit den von seinem Boden aus durchgeführten regelmäßigen britisch-amerikanischen Lufteinsätze über dem Süden des Iraks.

Die ablehnende Haltung Saudi Arabiens hingegen erwies sich als unnachgiebig und wiegt schwer, macht sie doch einen Angriff ungleich schwieriger. Im Golfkrieg 1991 war schließlich die Hauptstreitmacht der Allianz entlang der langen irakisch-saudischen Grenze zusammengezogen worden. Zehn Jahre später waren die USA genötigt, umfangreiche militärische Ausrüstung von Saudi Arabien nach Katar zu verlegen.

Im Februar 2003, zu einem Zeitpunkt also, da die Kriegsvorbereitungen hätten abgeschlossen sein sollen, standen die Dinge für die USA im Aufmarschgebiet noch lange nicht zum Besten. Von den

sechs Staaten, die an den Irak grenzen – Kuwait, Saudi-Arabien, Jordanien, Syrien, Türkei und Iran – stand nur einer, Kuwait, uneingeschränkt auf der Seite der Vereinigten Staaten.

Von den verbleibenden fünf ist die Türkei derjenige Staat, der noch am besten kooperiert, indem Ankara den US-Truppen weiterhin gestattet, Kampfeinsätze gegen irakische Stellungen von türkischen Luftwaffenbasen zu fliegen und durch das Land passieren zu lassen. Die USA benötigen aber die volle Unterstützung der Türkei für den Aufbau einer zweiten Front im Norden des Iraks. Bei allen weitergehenden Forderungen kamen die Türken dem Bündnispartner jedoch nur sehr zögerlich entgegen.

Das ist kaum verwunderlich, brachte der drohende Irakkrieg die neue, islamisch geprägte Regierung in eine sehr heikle Situation. 94 Prozent der Bevölkerung sprachen sich im Februar 2003 gegen einen Krieg aus, wobei die Ablehnung unter den Anhänger der Regierungspartei AKP noch entschiedener ausfällt, als beim Rest der Bevölkerung,

Entgegen vieler Gerüchte, Ankara schiele auf die ölfreie Nordprovinzen des Iraks, erwartet auch die Türkei vorwiegend Nachteile von einem Krieg. Die türkische Wirtschaft wurde schon durch den Krieg 1991 und noch mehr durch das anhaltende Embargo gegenüber einem seiner wichtigsten Handelspartner schwer geschädigt. Auf mehr als 35 Milliarden US-Dollar belaufen sich nach türkischen Angaben die Verluste infolge der zwölfjährigen UN-Sanktionspolitik. Geostrategisch wäre es den türkischen Eliten lieber, ihre eigene regionale Stellung auszubauen und gleichzeitig ein gewichtiger und unverzichtbarer Partner der westlichen Staaten zu werden, als dass die USA durch einen abhängigen Iraks selbst die beherrschende regionalen Macht werden.

Doch die türkische Abhängigkeit von US-amerikanischer Wirtschafts- und Militärhilfe ist groß, zudem hat das stark unter US-amerikanischen Einfluss stehende türkische Militär sich längst an die Seite der Führungsmacht gestellt. Zwar steht auch das türkische Militär, das immer noch eine entscheidende Rolle im Land spielt, einem Krieg, der einen weitgehend unabhängigen Kurdenstaat hervorbringen könnte, skeptisch gegenüber. Die militärische Führung hat sich aber mit den USA geeinigt, dass US-Truppen

die kurdischen Provinzen besetzen und verhindern werden, dass die Ölregion um Mossul und Kirkuk unter kurdische Kontrolle fällt. Der Generalstab plant zudem größere eigene Truppenkontingente in den Nordirak zu senden.¹⁷

Doch wenn auch der faktisch über dem Kabinett stehende, von den Militärs dominierte „Nationale Sicherheitsrat“ längst einer türkischen Kriegsbeteiligung zugestimmt hatte, hielt Ankara das Pentagon über Monate mit Zusagen hin, dem US-Militär die Nutzung ihres Territoriums für den Aufmarsch zehntausender Bodentruppen und die Nutzung weiterer Flughäfen für Angriffe auf den Irak zu gestatten. Der türkische Ministerpräsident erörterte stattdessen auf mehren Konferenzen mit seinen arabischen Nachbarn Maßnahmen zur Verhinderung des drohenden Krieges.

Die offenen Kriegsvorbereitungen gegen den Irak treiben auch die jordanische Regierung in einen immer größeren Spagat. Amman war es gelungen, seine guten wirtschaftlichen Beziehungen zu Bagdad trotz seiner zunehmenden Bindung an die USA weiter pflegen zu können. Der Irak blieb, trotz Embargo, der wichtigste Exportmarkt für jordanische Produkte. Es handelt sich dabei oft um Waren, die woanders kaum Absatzchancen gehabt hätten. Jordanien ist zudem stark abhängig von den großen Mengen an irakischem Rohöl, die das Land zu Vorzugsbedingungen erhält. Nach Schätzungen des U.S. Department of Energy's Energy Information Administration beträgt die Menge 100.000 Barrels pro Tag – fast die Hälfte davon umsonst.¹⁸

Wie die New Yorker Zeitung *Newsday* berichtete, haben die USA angeboten, die irakischen Öllieferungen vollständig zu ersetzen, wenn das haschsemitische Regime ihnen das Land zumindest in eingeschränktem Maße als Basis für Operationen gegen den Irak zur Verfügung stellt, sowie die Nutzung des Hafens von Akaba für militärische Güter gestattet. Ohnehin ist Jordanien stark von US-amerikanischer Entwicklungshilfe abhängig, die mit 450 Millionen US-Dollar, die zweithöchste aller von den USA im Jahr 2002 bezahlten Gesamthilfen war.¹⁹

Offiziell stellte sich die jordanische Regierung allerdings von Anfang an gegen einen Krieg. Dennoch trainieren regelmäßig US-Marineeinheiten in Jordanien und immer wieder wird auch von

Operationen US-amerikanischer und israelischer Spezialeinheiten berichtet, die von Jordanien aus im Irak operieren würden.

Innenpolitisch steht der pro-amerikanische Kurs König Abdallahs prinzipiell stark unter Druck. Nur mit massiver Repression gelang es der jordanischen Führung, die Proteste gegen die im Land befindlichen US-Truppen unter Kontrolle zu bringen. So gab es im August und September 2002 militanten Widerstand von oppositionellen Gruppen gegen gemeinsame US-jordanische Manöver, die von der größten Oppositionspartei, der Islamischen Aktionsfront (IAF) angeführt worden waren. Fürchten muss der König zudem die Jordanier palästinensischer Abstammung, die ca. 60 Prozent Bevölkerung ausmachen und den USA schon aufgrund ihrer Unterstützung Israels feindlich gesinnt sind.

Sollte Amman den US-Amerikanern offene Unterstützung leisten, droht die oppositionelle Bewegung rasch zu eskalieren. Im Falle eines Krieges könnte die Lage im Land eskalieren. Eine ernsthafte Bedrohung der Stabilität Jordaniens würde die Militärpläne des Pentagons durcheinander bringen. Militärberater rieten den USA daher davon ab, sich logistisch auf den Hafen in Akaba zu stützen.

Die verbleibenden drei irakischen Nachbarstaaten – Syrien, Iran und vor allem Saudi Arabien – versuchen aktiv, durch diplomatische Aktivitäten den Krieg zu verhindern. Das saudische Herrscherhaus, eine der Säulen der US-Vormacht in der Region seit den 1950er Jahren, dessen politisches Überleben wiederum stark von Washington abhängt, ist dabei in der schwierigsten Situation. Es vermeidet offenen Widerstand und kooperiert weiterhin mit den USA auf einigen Ebenen, um den endgültigen Bruch zu vermeiden. Im Hintergrund schrecken die Saudis aber offenbar auch nicht vor massivem Druck auf die benachbarten Länder zurück, die den USA freie Hand lassen. So ermunterte Riad beispielsweise Oppositionsgruppen in Katar zum Widerstand und zu Jahresbeginn kursierten Gerüchte über Putschpläne, in die saudische Prinzen verwickelt wären.²⁰ Ungelegen käme es Riad sicherlich nicht, wenn die internen Auseinandersetzungen dort einen Grad erreichten, die das Land zum Sicherheitsrisiko im für den US-Luftkrieg mittlerweile zentralen Scheichtum machen würden.

Im Fall von Saudi-Arabien tritt das Dilemma der Anrainerstaaten Iraks am deutlichsten zu Tage. Fortgesetzte Opposition wird keinen Sinn mehr machen, wenn der Feldzug nicht mehr aufzuhalten ist. Ab da wird für die Saudis essentiell sein, als was sie nach dem Krieg von Washington angesehen werden. Unmittelbar konfrontiert mit der geballten Militärmacht rund um das eigene Land, wäre es nicht angenehm, als Gegner betrachtet zu werden. Bereits jetzt klingt es bedrohlich aus den USA. So referierte Laurent Murawiec von der konservativen Denkfabrik Rand Corporation vor den Mitgliedern des Ausschusses für Verteidigungspolitik in seinem Entwurf für die Neuordnung des Nahen Ostens, darüber „wie man die Saudis aus Arabien entfernt“. Im Fokus amerikanischer Interessen müsse der Sturz der saudischen Regimes stehen. Andere fordern in Zeitungsartikeln, beispielsweise im Wall Street Journal, die Besetzung saudischer Ölquellen. Drohungen, die der saudischen Führung deutlich machen, dass sie durchaus zu den nächsten gehören könnten, die die USA ins Visier nehmen. Für die weitere Haltung Saudi-Arabiens, wie für die der anderen Staaten der Region wird daher maßgeblich sein, inwieweit die breite internationale Ablehnungsfront bestehen bleibt und wie gut die Möglichkeiten insbesondere der Europäer und Russlands sind, sich den Kriegsplänen der USA wirksam entgegenzustellen. Das würde nicht nur bedeuten, eine Kriegsermächtigung des UN-Sicherheitsrats zu verhindern, sondern auch die „Koalition der Willigen“, das heißt, die Zahl der Länder, die bereit sind ohne explizites UN-Mandat loszuschlagen, klein zu halten. Zum starken Gegner Bushs wurde schließlich die weltweite Anti-kriegsbewegung. In nahezu allen Ländern, auch in Großbritannien oder Australien, lehnt eine große Mehrheit der Bevölkerung einen neuerlichen Irak-Krieg ab. Selbst von der britischen Regierung war Anfang Februar 2003 zu hören, dass man nur mit entsprechendem Mandat des Sicherheitsrats mit in den Krieg ziehen werde. Auch eine Verlängerung der Inspektionen und die Verschiebung der Entscheidung über einen Krieg auf den Herbst hielt der britischen Außenminister zeitweise für denkbar. Eine solche Verschiebung des Kriegsbeginns kommt allerdings für das Pentagon nicht in Frage. Die Terminplanung der Inspek-

tionen hätte schließlich in einem engen Zusammenhang mit dem militärischen Zeitplan gestanden, der wegen der zu erwartenden Hitze im Sommer den Beginn der Angriffe spätestens im März vorsehe.²¹

Die Zeit drängt, nicht nur wegen der drohenden Hitze im Kampfgebiet, sondern auch weil die Bush-Regierung mit anderen Problemen, wie z.B. Nordkorea, Venezuela und Afghanistan alle Hände voll zu tun hat. Seit einem Jahr konzentriert sie sich auf den Irak – sie wird daher nach Ansicht vieler Beobachter entweder bald handeln oder ihre Aufmerksamkeit den anderen Themen zuwenden müssen.

Doch auch im Laufe des Februar war es den USA nicht gelungen, genügend Unterstützung im UN-Sicherheitsrat zu bekommen. Der Druck insbesondere auf die kleineren Staaten mit Drohungen und Versprechungen wird daher gemäß Medienberichte massiv erhöht. Sie werden daran erinnert, dass Jemen sein Nein zum Krieg in der entscheidenden Abstimmung im November 1990, als die US-geführte Allianz zum Losschlagen ermächtigt wurde, teuer bezahlen musste. Zusagen über Weltbankkredite in Höhe von 500 Millionen US-Dollar wurden damals zurückgezogen. Vor diesem Hintergrund hat sich eine ganze Reihe europäischer Regierungen öffentlich hinter die Politik Bushs und Blairs gestellt.

Eine kraftvolle Antwort darauf gaben die vielen Millionen Menschen in allen Teilen der Welt, die am 15. Februar auf die Straße gingen. Die meisten Demonstranten wurden dabei in den Ländern gezählt, die den Kriegskurs Washingtons unterstützen – eine Bewegung, die deren Regierungen kaum ignorieren können. „Die bloße Anzahl der Protestierenden übermittelt die kraftvolle Botschaft, dass jedes Drängen zum Krieg politische Konsequenzen für die Länder haben könnte, die Bushs Marsch in die Täler des Euphrat und Tigris unterstützen“, schrieb die New York Times.²² Auch die USA müssen im Kriegsfall mit einem sehr hohen politischen Preis rechnen. Sollte sich der Krieg länger hinziehen, könnte dieser den des Vietnamkrieges bei weitem übersteigen.

- 1 - Mandela in Furious Warning over Iraq War, Daily Mirror 31.1.2003
- 2 - Sarah Graham-Brown und Chris Toensing, Why Another War? A Backgrounder on the Iraq Crisis, Middle East Research and Information Project 2002
http://www.merip.org/iraq_backgrounder_102202/iraq_bckground_merip_screens.pdf
- 3 - Michael Ehrke, „Erdöl und Strategie – Zur politischen Ökonomie eines angekündigten Krieges“ in Internationale Politik und Gesellschaft 1/2003
- 4 - [RTF bookmark start: _Hlt528352756]Michael T. Klare "Asking Why?" [RTF bookmark end: _Hlt528352756], Hampshire College, 13.9.2001, <http://www.hampshire.edu>
- 5 - The Region After Iraq, Stratfor, Feb 04, 2003
- 6 - „War in Iraq: What's at Stake for the Arab World“, Stratfor, 27.12.2002
- 7 - „War Will Restructure Investment in the middle east“, Stratfor, 19.12.2002
- 8 - War in Iraq: What's at Stake for Iran? Stratfor, Dec 20, 2002
- 9 - Michael Ehrke, a.a.O.
- 10 - ebd.
- 11 - FAZ, 2.12.2002
- 12 - Prof. Rudolf Hickel, „Ein Anschlag auf die Weltwirtschaft“ Frankfurter Rundschau, 14.02.2003
- 13 - Desert Caution, Once 'Stormin' Norman,' Gen. Schwarzkopf Is Skeptical About U.S. Action in Iraq, Washington Post, January 28, 2003
- 14 - „War Timing“, Stratfor vom 24.12. 2002
- 15 - „U.S. Refines Plans for War in Cities“, New York Times, 22nd October 2002, s. auch Jürgen Rose „Häuserkampf und nukleare - Glut: ZIVILE FALKEN - MILITÄRISCHE TAUBEN- Warum Teile des US-Militärs gegen einen von Präsident Bush forcierten Irak-Krieg opponieren Freitag, 22.11.2002
- 16 - Anthony H. Cordesman: Planning for a Self-Inflicted Wound: US Policy to Reshape a Post-Saddam Iraq, Nov 24, 2002, zitiert nach Thomas Immanuel Steinberg „Scherben – Die US-Politik gegenüber Irak: Ein Aufsatz redet Klartext“, junge Welt vom 21.12.2002
- 17 - Niels, Kadritzke, „Das Militär demütigt seine Regierung“, Le Monde diplomatique, Februar 2003
- 18 - Jordan Trying To Neutralize Threats Ahead of U.S. War, Stratfor, 25 September 2002
- 19 - André Bank, Zwischen USA und Irak, Jordaniens außenpolitische Spagat, INAMO 32/Winter 2002
- 20 - Qatar: Riyadh's Last-Ditch Attempt to avert war, Stratfor 6.2.2003
- 21 - US Will Attack Iraq 'Without UN Backing', Daily Telegraph UK January 10, 2003
- 22 - „A New Power in the Streets“, New York Times, February 17, 2003